

## KURZ NOTIERT

von Monika Schlicher

Die Autorin ist Geschäftsführerin der Stiftung Asienhaus und arbeitet zu Osttimor.

### ■ Protest in Dili: »Australien stiehlt unser Öl!«

10.000 Menschen demonstrierten vom 21.–24. März 2016 in Osttimors Hauptstadt Dili vor der Botschaft Australiens. Sie forderten Australien auf, einer permanenten Seegrenze zuzustimmen, die sich an der Mittellinie zwischen den beiden Ländern orientiert. Der Hashtag *#medianlinenow* ging um die Welt, in zahlreichen Städten fanden Solidaritätskundgebungen statt. Zu den friedlich verlaufenen Demonstrationen hatte die *Movimento Kontra Okupasaun Tasi Timor (MKOTT)*, die Bewegung gegen die Besetzung der Timorsee, aufgerufen.

Osttimors Reichtum bilden die Öl- und Gasvorkommen in der Timorsee südlich des Landes und nördlich von Australien. Nach Kontroversen hatten sich die beiden Staaten 2006 im *CMATS-Treaty* auf eine gemeinsame *Joint Petroleum Development Area* geeinigt und beschlossen, den strittigen Punkt zum Verlauf der

Seegrenze für 50 Jahre nicht anzutasten. In dem Vertrag bildet der australische Kontinentalschelf die Grenze – zum Vorteil Australiens.

Nachdem bekannt geworden war, dass sich Australien durch Spionage bei den Vertragsverhandlungen Vorteile verschafft hatte, rief die Regierung von Osttimor 2013 zur Klärung den Ständigen Schiedshof in Den Haag an. Ende 2014 einigten sich die beiden Staaten auf eine Aussetzung des Verfahrens mit der Absicht, die Seegrenzen neu zu verhandeln. Osttimor pocht auf eine Seegrenze entlang der Mittellinie und beruft sich auf das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (*United Nations Convention on the Law of the Sea, UNCLOS*). Damit läge das Greater Sunrise-Ölfeld im Seegebiet von Osttimor.

Am 16.4.2016 rief Osttimor die Vereinten Nationen um ein Schlichtungsverfahren im Rahmen des Seerechtsübereinkom-

mens an, strebt zudem weiterhin ein Urteil in Den Haag zur Annullierung des *CMATS* an.

Australiens Regierung beharrt auf den Vereinbarungen im *CMATS* Vertrag, er entspreche internationalem Gesetz. Die oppositionelle *Labor Party* sprach sich für Neuverhandlungen der Seegrenze aus. Rechtlich kann Osttimor das Land über die Schiedsverfahren nicht an den Verhandlungstisch bringen, da Australien im März 2001, kurz vor der Unabhängigkeit Osttimors, vorsorglich seine Anerkennung der *UNCLOS* sowie der Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes für Seerechtsstreitigkeiten zurückgezogen hatte.

*Timor Sea Justice Campaign*  
20.3.2016, 30.4.2016

*La'o Hamutuk Information about CMATS, updated 9.5.2016*  
*Channel News Asia 24.4.2016*

### ■ Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

Mit der Verabschiedung der Agenda 2030–17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals, SDGs*) – richtete die Regierung von Timor-Leste umgehend eine *SDGs-Arbeitsgruppe* ein, in der alle Regie-

rungsbehörden und Ministerien vertreten sind. Osttimor war Mitglied in dem High-Level-Panel für die Globale Agenda der Millenniumsziele nach 2015. Gemeinsam mit den weiteren Ländern des Panels (Brasilien, Kolumbien,

Deutschland, Liberia, Südafrika, Tansania, Tunesien) verpflichtete sich Osttimor, mit gutem Beispiel bei der Umsetzung der *SDGs* voranzugehen.

*Government of Timor-Leste 4.3.2016*

### ■ Präsident Joko Widodo auf Staatsbesuch in Osttimor

Indonesien Präsident Joko »Jokowi« Widodo stattete Osttimor am 26. Januar 2016 seinen ersten Staatsbesuch ab. Osttimors Präsident Taur Matan Ruak ehrte ihn mit dem höchsten Orden, dem *Grande Colar de Ordem de Timor-Leste*. Beide unterstrichen die engen, guten Beziehungen zwischen den Nationen und ihre Bereitschaft, sich bei zwei noch strittigen Grenzpunkten rasch

zu verständigen. »Wir hatten eine schwierige Vergangenheit«, betonte Präsident Widodo, »heute sind Osttimor und Indonesien ein globales Modell für Versöhnung und Frieden in einer zunehmend geteilten Welt. Wir teilen eine Insel und wir teilen eine Zukunft.« Zivilgesellschaftliche Organisationen hießen Jokowi willkommen. Sie sahen in seinem Besuch einen Schritt hin zur Aufarbeitung der

Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der illegalen indonesischen Besetzung Osttimors von 1975 bis 1999. Erneut forderten sie beide Regierungen auf, die Empfehlungen der bilateralen Wahrheits- und Freundschaftskommission umzusetzen.

*Jakarta Post 27.1.2016*

*Timor-Leste National Alliance for an International Tribunal (A-N-T-I), 25.1.2016*